DER MAGISTRAT DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses -

Magistrat der Universitätsstadt Marburg ♦ FD 51 ♦ 35035 Marburg

35037 Marburg, 16. Oktober 2017

Geschäftsstelle:
Fachdienst: Zentrale Jugendhilfedienste
Friedrichstr. 36, Raum 2.09 Herr Wege
☎ 06421/201-1265, Fax: 06421/201-1595
E-Mail:
Jugendhilfeausschuss@marburg-stadt.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der nächsten Sitzung des **Jugendhilfeausschusses** der Universitätsstadt Marburg laden wir Sie am

Donnerstag, 02. November 2017 um 16.00 Uhr,
im Jugendamt der Universitätsstadt Marburg, Friedrichstr. 36, Marburg
2. UG, Tagungsraum

ein. Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls vom 07.06.2017
2. Vorstellung von Stadträtin und Dezernentin Frau Kirsten Dinnebier
3. Neuwahl des vorsitzenden Mitglieds und ggf. dessen Stellvertretung
4. Antrag B90/Die Grünen betr. Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Freizeitgestaltung von Jugendlichen (VO/5022/2016)
5. Verträge der Universitätsstadt Marburg mit den Trägern der Jugendhilfe – Sachstand und Planungen
6. Aktuelle Entwicklung der Kinderzahlen und Auswirkungen auf die Betreuungssituation
7. Anträge
8. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Christina Hey
Stellvertretende Vorsitzende

Niederschrift
Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Sitzungstermin:	Mittwoch, 07.06.2016
Sitzungsbeginn:	16:10 Uhr
Sitzungsende:	17:25 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal -2.23, FB Kinder, Jugend, Familie Friedrichstraße 36, 35037 Marburg

Anwesend waren vom Ausschuss:

Bürgermeister Dr. Franz Kahle
Ulrich Severin
Matthias Simon
Mario Modry
Stephan Muth
Marina Siffermann-Gorr
Dr. Christa Perabo
Roland Böhm
Christina Hey
Aljoscha Tischkau
Cornelia Mietz
Kai Abraham
Alexandra Böth
Katja Meißner

Anwesend waren weiterhin:

als beratende Mitglieder:	Stefanie Lambrecht, Maria Flohrschütz
von der Verwaltung:	Jost Schmidt, Peter Schmittdiel, Werner Meyer, Monika Stein, Wolfgang Wege (alle FB Kinder, Jugend, Familie)
als Gäste:	Alexander Thys (JUKO), Benjamin Schneider (Stadtjugendring Marburg e. V.), Karin Ackermann-Feulner (BSF), Corrina Zander (SKF), Johanna Serzisko (KiJuPa)

TOP 1 Begrüßung und Genehmigung des Protokolls vom 20.04.2017

Bürgermeister Dr. Kahle eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ordnungsgemäß geladen wurden und in beschlussfähiger Anzahl erschienen sind. Er begrüßt die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und die Gäste. Die vorgeschlagene Tagesordnung wird angenommen und das Protokoll vom 20.04.2017 ohne Änderungen genehmigt.

TOP 2 Bericht aus den Fachausschüssen, den Arbeitsgemeinschaften §78 Kinderbetreuung und §78 Stationäre Hilfe und aus dem Jugendamt

Fachausschuss Kinderbetreuung:

Frau Mietz berichtet, dass der Fachausschuss Kinderbetreuung am 16.05.2017 getagt und sich mit folgenden Themen befasst hat:

a) Arbeitsauftrag zum KiTa-Platzmangel in der Kernstadt
b) Arbeitsauftrag zur Befassung mit dem vom JHA am 16.03.2017 zugewiesenen Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Platzvergabe in der Kindertagesbetreuung Vorlage VO/5367/2017.
   Hier schließt sich der Fachausausschuss der Stellungnahme der AG 78 an und ergänzt diese um den Aspekt, dass er bei einer zentralen Platzvergabe in der Kindertagesbetreuung, die für die Freien Träger notwendige Beziehungsarbeit und spezielle Passung bei der Platzvergabe gefährdet sieht.
c) Arbeitsauftrag zur Befassung mit dem vom JHA am 16.03.2017 zugewiesenen Antrag der Fraktion SPD und BfM betreffend Kindertagesstätten Bauprogramm (KiBaP), Vorlage VO/5368/2017.
   Der Fachausschuss ist der Auffassung, dass es sich bei dem vom Sozialausschuss über den Jugendhilfeausschuss an den Fachausschuss verwiesenen Antrag mehr um ein Thema für Freie Träger handelt. Der Fachausschuss möchte dies daher nicht weiter behandeln und gibt die Befassung zurück.

AG §78 Kinderbetreuung:

Frau Mietz und Herr Abraham berichten, dass die AG 78 am 09.05.2017 getagt hat. Hierbei hat sie sich mit der in der Jugendhilfeausschusssitzung am 16.03.2017 in den Fachausschuss verwiesenen Vorlage VO/5367/2017, Platzvergabe in der Kindertagesbetreuung, befasst und hierzu folgende Stellungnahme abgegeben:

> „Die freien KiTa-Träger in der AG 78 KiTa lehnen eine zentrale Anmeldung im Jugendamt und eine zentrale Platzvergabe strikt ab. Eltern sollen sich weiterhin dezentral in den KiTa's anmelden können. Die Autonomie der Träger muss erhalten bleiben.
> Eine damit verbundene zentrale Erfassung der Anmeldungen unter Berücksichtigung des Datenschutzes – wie zurzeit im Krippenbereich entwickelt – wird befürwortet, da dadurch die Kooperation mit der Verwaltung verbessert wird und Doppelanmeldungen erkannt werden können.
> Dabei müssen Datengrundlagen für die Bedarfserhebung der Jugendhilfeplanung geschaffen werden. Ein Platzmangel kann nicht durch mehr Transparenz, sondern nur durch Ausbau von Plätzen behoben werden."

Bürgermeister Dr. Kahle stellt die Annahme der vorgenannten Stellungnahme einschließlich der Ergänzung bzgl. der Beziehungsarbeit und Passgenauigkeit dem Jugendhilfeausschuss zur Entscheidung.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die obige Stellungnahme samt Ergänzung um den Aspekt, dass er bei einer zentralen Platzvergabe in der Kindertagesbetreuung, die für die Freien Träger notwendige Beziehungsarbeit und spezielle Passung bei der Platzvergabe gefährdet sieht, an.

Der Jugendhilfeausschuss gibt damit einstimmig folgende Stellungnahme an den Sozialausschuss:

> „Der Jugendhilfeausschuss lehnt eine zentrale Anmeldung im Jugendamt und eine zentrale Platzvergabe strikt ab. Eltern sollen sich weiterhin dezentral in den KiTa's anmelden können. Die Autonomie der Träger muss erhalten bleiben.
> Eine damit verbundene zentrale Erfassung der Anmeldungen unter Berücksichtigung des Datenschutzes – wie zurzeit im Krippenbereich entwickelt – wird befürwortet, da dadurch die Kooperation mit der Verwaltung verbessert wird und Doppelanmeldungen erkannt werden können.
> Dabei müssen Datengrundlagen für die Bedarfserhebung der Jugendhilfeplanung geschaffen werden. Ein Platzmangel kann nicht durch mehr Transparenz, sondern nur durch Ausbau von Plätzen behoben werden.
> Bei einer zentralen Platzvergabe in der Kindertagesbetreuung, sieht der Jugendhilfeausschuss die für die Freien Träger notwendige Beziehungsarbeit und spezielle Passung bei der Platzvergabe gefährdet."

Außerdem hat sich die AG 78 mit dem Antrag der Fraktion SPD und BfM betreffend Kindertagesstätten Bauprogramm (KiBaP), Vorlagennummer VO 5368/2017, befasst. Nach Erläuterung durch Bürgermeister Dr. Kahle zum Umgang mit kleineren Maßnahmen, dass es sich hierbei um Spielraum im Rahmen der üblichen Bauunterhaltung handelt und der Ergänzung von Herrn Severin, dass eine Verständigung der Träger über die Prioritäten bei der Umsetzung gewünscht sind, beschließt der Jugendhilfeausschuss einstimmig die Weiterleitung folgender Stellungnahme an den Sozialausschuss:

> „Der Jugendhilfeausschuss begrüßt eine transparente und verbindliche Planung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Kinderbetreuung in Marburg. Es sollte ein Gesamtinvestitionsbedarf aller erforderlichen Baumaßnahmen aufgestellt werden. Eine Grundlage der Planung und Priorisierung können die jährlichen Bedarfsanmeldungen der Freien Träger sein. Der Jugendhilfeausschuss lehnt eine Einschränkung von Maßnahmen durch die ausschließliche Berücksichtigung von Bauvorhaben über 100.000 € ab. Es wird vorgeschlagen, Vorhaben ab 50.000 € in die Planung einzubeziehen. Gerade dringend erforderliche Sanierungen der Sanitärlangen, der Küchen oder Maßnahmen zum Lärmschutz oder Brandschutz liegen in der Regel unter 100.000 €, tragen aber erheblich zur Gesundheitsfürsorge der Fachkräfte und Kinder bzw. zur Sicherung der Betreuungsplätze bei."

Des Weiteren hat sich die AG 78 mit der Ernährung in den Kindertagesstätten befasst. Es wurde eine Studie dazu vorgestellt, mit der eine Erhebung der Situation in Marburg über das Gesundheitsamt erfolgt.

<u>Fachausschuss Jugendförderung:</u>
Herr Tischkau berichtet, dass der Fachausschuss Jugendförderung am 01.06.2017 getagt und sich mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Lebensbedingungen und Perspektiven von Jugendlichen in Marburg 2017" (VO/5364/2017) beschäftigt hat. Zu dieser Sitzung war der Jugendhilfeplaner Herr Meyer eingeladen. Es hat sich eine Arbeitsgruppe aus dem Fachausschuss Jugendförderung zur Befassung mit dem o. g. Antrag gebildet. Des Weiteren hat der Fachausschuss Jugendförderung Frau Brigitte Scholz nach 20 Jahren ehrenamtlichen Engagements verabschiedet. Außerdem war Frau Scholz im Stadtjugendring aktiv.

<u>Fachausschuss Erziehungshilfe:</u>
Der Fachausschuss Erziehungshilfe hat am 17.05.2017 getagt. Frau Flohrschütz berichtet, dass Herr Erwin Schnell (Jugendheim Marbach gGmbH) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. Außerdem hat sich der Fachausschuss mit der Problematik der unbegleiteten minderjährigen Ausländer befasst. Frau Flohrschütz berichtet über den im Fachausschuss von Mitarbeitern aus der UMA-Abteilung gegebenen Bericht über die Arbeit mit diesen Flüchtlingen und erläutert die Zahlen der UMA: In Marburg wurden im Mai 113 UMA, wovon 69 minderjährig und 44

bereits volljährig sind betreut. Der Fachausschuss stellt fest, dass in Marburg außergewöhnlich gute Standards für junge Volljährige vorherrschen. Seit 2015 gab es hier nur 2 Hilfeabbrüche., Dadurch wird eine gute Fallsteuerung und das Engagement der Fachkräfte in diesem Bereich belegt. Es wird Handlungs- und Klärungsbedarf bei der beruflichen Integration dieses Personenkreises gesehen. Außerdem gibt es derzeit verstärkte Wahrnehmung von Delinquenz und Drogenkonsum. Die Entwicklung von spezifischen beruflichen Anschlussperspektiven wird für erforderlich gehalten. Der Fachausschuss stellte die Frage nach dem Blick des psychosozialen Arbeitskreises bzw. die Frage der Existenz desselben. Die kommende Sitzung des Fachausschusses Erziehungshilfe wird sich mit den Bedarfslagen von Flüchtlingsfamilien beschäftigen. Hier wird durch das Jugendamt auch ein wachsender Bedarf gesehen.

AG §78 Erziehungshilfe:
Hat nicht getagt.

Bericht des Jugendamtes:
Frau Lambrecht berichtet, dass der FD Kinderbetreuung mit 4 städtischen KiTa-Einrichtungen und der KiTa Weißer Stein und weiteren Kindertageseinrichtungen des Landkreises beim Förderprogramm/Förderprojekt des Bundes „Frühe Chancen“ für erhöhten Sprachförderbedarf einen Zuschlag bekommen hat. Konkret bedeutet dies, Drittmittelzuwendung aus diesem Programm für die KiTa Elnhausen, Moischt, Karlsbader Weg und Unter dem Gedankenspiel.
Der Fachdienst Zentrale Jugendhilfedienste muss ab 01.07.2017 die Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes, Ausweitung der Leistung, Wegfall der Altersbegrenzung ab Vollendung des 12. Lebensjahres und Bezugsdauerbegrenzung auf 72 Monate, umsetzen. Hierfür stehen dem Fachdienst zukünftig vorläufig rund 1,4 Stellen mehr zur Verfügung. Ggf. abhängig von der Fallzahlenentwicklung kann hier weiterer Personalbedarf erforderlich sein.
Frau Lambrecht gibt den Ausblick, dass sich das Leitungsteam des Jugendamtes im Herbst auf 2-tägige Klausur begeben wird.
Thematisch stehen im Jugendamt die Beschäftigung mit dem Regierungsentwurf zur SGB VIII-Reform, dem Thema Inklusion und auch dem Bundesteilhabegesetz, welches mehrstufig in Kraft tritt und auch das Jugendamt mit der nächste Stufe des Inkrafttretens ab 01.01.2018 tangieren wird, an. Die gemeinsame Fragestellung lautet: Wie stellen wir uns auf, was sehen wir an Veränderungen?
Herr Schmittdiel teilt mit, dass der Oberbürgermeister zur nächsten öffentlichen MaBison-Veranstaltung am 13.06.2017, um 17:00 Uhr, in den Sitzungssaal des Bauamtes einlädt.

TOP 3 Haushalt 2018

Frau Lambrecht erläutert den Ablauf der Haushaltsplanung und die Vorgaben des Kämmerers, welche besagen, dass im Wesentlichen ein Wiederholungshaushalt aufzustellen ist. Die Budgetanmeldungen für die Verwaltung müssen bis zum 26.06.2017 erfolgt sein. Bürgermeister Dr. Kahle weist die Freien Träger darauf hin, dass entsprechende Anträge zum Haushalt gestellt werden können. Sollten diese höher ausfallen, wird es voraussichtlich in der ersten Lesung zu einer Beschneidung auf Wiederholungsanmeldung nach 2017 kommen. Es besteht dann aber die Möglichkeit zur erneuten Nachmeldung in der zweiten Lesung.

TOP 4 Bericht Ergebnis AG Matrixerstellung Handlungsfelder der Jugendhilfe vom 23.05.2017

Frau Hey berichtet vom Treffen der Arbeitsgruppe, welche sich zur Erstellung einer Matrix/eines Rasters zur inhaltlichen Aufbereitung von Themen im JHA am 23.05.2017 getroffen hat. Hierbei wurden die verschiedensten Bedarfslagen, mit der Notwendigkeit diese entsprechend vergleichbar abbilden zu können, diskutiert. Sobald das Protokoll hierzu erstellt ist, wird es ggf. mit der nächsten Einladung zum Jugendhilfeausschuss versandt. Die aus dem Treffen von Frau Hey erstellte Matrix wird sie dem Fachausschuss Jugendförderung zur Verfügung stellen, damit der sie auf praktische Anwendbarkeit hin prüfen kann.

TOP 5 Anträge

Alexandra Böth, Christina Hey und Aljoscha Tischkau beantragen mittels Tischvorlage die Einrichtung einer AG §78 Prävention in der Kinder- und Jugendhilfe und begründen den Antrag folgenermaßen: Die Anhörung und Beteiligung der Freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe bei der Gestaltung der Angebote der Jugendhilfe erfordert eine Struktur, in der sich die Freien Träger austauschen und positionieren können. Dazu soll eine AG §78 eingerichtet werden. Das Beispiel der AG §78 Kinderbetreuung zeigt, dass ein solches Gremium in der Lage ist, kinder- und jugendpolitische Fragenstellungen zur Vorbereitung von Entscheidungen im Jugendhilfeausschuss aus Trägersicht zu beleuchten. Außerdem können in dem Gremium auch aktuelle Fragestellungen bzgl. gesetzlicher Neuerungen und aktueller Entwicklungen besprochen werden.

Frau Lambrecht beantragt die Beschlussfassung auf die kommende Jugendhilfeausschusssitzung am 24.08.2017 zu verschieben, um diesen Antrag auch innerhalb der Verwaltung beraten und auch auf die erforderlichen Ressourcen hin prüfen zu können. Herr Severin bittet die Antragsteller in Vorbereitung auf die kommende Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine Liste der Träger, welche präventiv tätig sind, mit Erfassung der präventiven Tätigkeit derselben, vorzulegen. Frau Hey erläutert, dass die Zielgruppe, die genannten Freien Träger, im Produkt 515010 (Freie Träger, Herr Schmittdiel) sind.
Der Ausschuss diskutiert über die Beschlussfassung bzw. deren Verschiebung. Auf Vorschlag von Bürgermeister Dr. Kahle beschließt der Jugendhilfeausschuss die Prüfung der Einrichtung dieser AG §78 in Abstimmung mit den Antragsstellern.

TOP 6 Verschiedenes

Frau Hey lädt zur Jubiläumsfeier des AKSB am kommenden Wochenende ein.

Ende 17:25 Uhr

Marburg, den 12.06.2017

gez.

Dr. Franz Kahle
Bürgermeister

gez.

Wolfgang Wege
Protokoll

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: **VO/5022/2016** Status: öffentlich Datum: 08.08.2016
Antragstellende Fraktion/en:	B90/Die Grünen

Beratungsfolge:		
Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Freizeitgestaltung von Jugendlichen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass Jugendlichen – vor allem im Alter zwischen 12 und 18 Jahren - außerhalb der Schule hinreichende Freiräume und Möglichkeiten zur Verfügung stehen, ihre kreativen Potentiale, ihre Subjektivität und Kritikfähigkeit zu entfalten durch eine selbstbestimmte Gestaltung ihrer Freizeit. Der Magistrat wird ferner gebeten Auskunft zu geben, welche Angebote der kommunalen Jugendarbeit und der Jugendarbeit in freier Trägerschaft sowie welche pädagogik- und erwachsenenfreien Plätze und Räume den Jugendlichen in Marburg dafür zur Verfügung stehen und ob diese als ausreichend angesehen werden bzw. erweitert werden müssten.

Sachverhalt:

Nach jüngeren Informationen gibt es von Seiten des Gesamtverbandes der evangelischen Kirche Überlegungen, das Jugendhaus Compass zu schließen. Damit würde es nach der Schließung des Club X in Marburg keine öffentlich zugänglichen Angebote für eine selbstbestbestimmte Freizeitgestaltung von Jugendlichen mehr geben. Zwar gibt es nach wie vor im Haus der Jugend erfreulich gut wahrgenommene Angebote für ältere Kinder und junge Jugendliche bis zum Alter von 12 Jahren. Aber für die große Gruppe der 12 bis 18-Jährigen werden nach der offenbar geplanten Schließung des Jugendhaus Compass bald keinerlei Möglichkeiten mehr im Innenstadtbereich bestehen. Hier gibt es einen dringenden Bedarf, weil gerade für diese Altersgruppe Möglichkeiten des sich Erprobens gegeben sein müssen und ihnen auch von der Stadtgesellschaft signalisiert werden sollte, wie wichtig uns ihre Entwicklung und Festigung zu starken Persönlichkeiten ist.

Christa Perabo